

Sparsamkeit

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazzetta militare svizzera**

Band (Jahr): **54=74 (1908)**

Heft 43

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-98711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Allgemeine Schweizerische Militärzeitung.

Organ der schweizerischen Armee.

LIV. Jahrgang. Der Schweizerischen Militärzeitschrift LXXIV. Jahrgang.

Nr. 43.

Basel, 24. Oktober.

1908.

Erscheint wöchentlich. — Preis per Semester für die Schweiz Fr. 5. — Bestellungen direkt an „Benno Schwabe, Verlagsbuchhandlung in Basel“. Im Auslande nehmen alle Postbureaux und Buchhandlungen Bestellungen an.

Inserate 35 Cts. die einspaltige Petitzeile.

Verantwortlicher Redaktor: Oberst U. Wille, Meilen.

Inhalt: Sparsamkeit. — Druckschäden. — Uebertreibungen. — Eidgenossenschaft: Ernennungen. Als Adjutanten abkommandiert. Als Adjutanten kommandiert. Eidgenössische Militärbibliothek. — Ausland: Rumänien: Das neue Organisationsgesetz.

Sparsamkeit.

Der deutsche Reichstagsabgeordnete von Gamp hat vor einiger Zeit im Einverständnis mit den Führern der Blockparteien dem Reichskanzler eine Denkschrift eingereicht über die Notwendigkeit und Möglichkeit von Sparsamkeit im Staatshaushalt. Der Reichskanzler hat diese Denkschrift zur Vernehmlassung sämtlichen Ministerien zugestellt und eine gemeinsame kommissarische Schlussberatung der verschiedenen Behörden in Aussicht gestellt. In seinem Begleitschreiben sagt er unter anderm:

„Die Rückkehr zur altpreussischen Sparsamkeit, von der wir uns im Staat, in der Kommune wie in der Privathaushaltung gleich weit entfernt haben, ist dringend geboten. Es ist nicht angezeigt, in diesem Punkte die Vorschläge der Parlamente abzuwarten; vielmehr ist es Sache der Regierungen und des Reiches, die Initiative zu ergreifen. Der Kanzler erwartet, dass diese Initiative bereits im nächsten Etatsentwurf sowohl im Reich wie in Preussen zum Ausdruck kommen wird. Die Reform muss eine grundsätzliche sein, soll auf die Dauer Wandel geschaffen werden. Eine wirkliche Besserung ist nur zu erzielen auf dem Weg einer Modernisierung der gesamten Staatsverwaltung; es bedarf einer Dezentralisation und Vereinfachung des gesamten Behördenapparates. Für viele Arbeiten wird zum Beispiel bis jetzt die Zeit höherer Beamter in Anspruch genommen, für die Beamte mit geringerer Vorbildung völlig ausreichen. Auch bei der Ausführung öffentlicher Arbeiten sollen sich Ersparnisse erzielen lassen. Preussen soll mit gutem Beispiel vorangehen.“

Wie weit diese Mahnung für das deutsche Reich und für Preussen berechtigt ist, entzieht sich unsrer Beurteilung. Wir möchten aber glauben, dass sie allgemeine Berechtigung hat und überall Rückkehr zu dem erwünscht wäre, was der Reichskanzler altpreussische Sparsamkeit nennt. Allen Staaten Europa's hat der ungeheure Aufschwung von Industrie und Verkehr in den Friedensjahren seit 1870 die dem Staat für seine Aufgaben zur Verfügung stehenden Mittel so reichlich gewährt, dass den Verwaltungsorganen das Bewusstsein verloren ging, sorgsames Haushalten mit den Geldmitteln sei Grundbedingung für die Gesundheit des Staates. Ueberall klagt man über das ungeheure Anwachsen des Bürokratismus. Das damit gemeinte Anwachsen des staatlichen Verwaltungsapparates über das Mass des unbedingt Notwendigen hinaus ist die erste überall mit mathematischer Sicherheit eintretende Folge, wenn dem Staat reichlich Geldmittel für seine Aufgaben zur Verfügung stehen.

Der Nährboden des Bürokratismus ist das Vorhandensein reichlicher Geldmittel und wenn er mal da ist, bedarf er beständig mehr, um den Betrieb der Verwaltung, so wie er ihn eingerichtet, zu unterhalten. Das Wesen des Bürokratismus ist, dass er eine tadellos und geräuschlos arbeitende und die grösste Ordnung und die grösste Gleichmässigkeit in Auffassung und Behandlung der Geschäfte sicherstellende Maschine darstellt, aber nur äusserlich. Denn ihm ist zuwider und er will nicht anerkennen, dass die Staatsverwaltung ein lebender Organismus ist, der die Schaffenslust, d. h. Selbsttätigkeit und Verantwortungsfreudigkeit der die einzelnen Räder des Organismus darstellenden Menschen erfordert.

Bürokratismus und Geldverschwendung sind gerade so gut Synonyme wie Bürokratismus und ungesunde Zentralisation. Zu beiden führt

der Bureaukratismus mit unerbittlicher Konsequenz. Er kann für seinen Betrieb der Geschäfte keine Selbsttätigkeit und Selbständigkeit des Untergebenen brauchen. — Der Beamte des Bureaukratismus muss Interesse, ja sogar Begeisterung für den Verwaltungsmechanismus haben, zu dem er gehört, aber nicht für die Sache, deretwegen er da ist. Da der Bureaukratismus keine Selbstständigkeit und Verantwortlichkeitslust der Untergebenen braucht, so ist auch seine unabänderliche Begleiterscheinung: Servilität nach oben und Tyrannei und Willkür nach unten.

Bureaukratismus und Geldverschwendung gehören zueinander. Nicht allein weil Geld sein Entstehen fördert, und er um so vollkommener wird und um so vollkommener in seiner Art die Sachen macht, je mehr Geld vorhanden ist, sondern auch weil ihm unmöglich ist, mit Geld verständig zu wirtschaften. Wohl ist er ehrlich und gewissenhaft und hält Ordnung, aber in seinem Wesen liegt, dass ihn nur die formelle Richtigkeit der Ausgaben interessiert. Ihm fehlt der Sinn für die Freude, mit wenig Mitteln viel zu erreichen, und es fehlt ihm ganz besonders das Verständnis dafür, dass man auf seiner Verwaltung sparen kann und muss, weil das Geld anderswo besser gebraucht wird.

Die unbewusste Geldverschwendung von braven gewissenhaften Beamten erachte ich für die Kraft und Gesundheit des Staates für viel verderblicher, als wenn durch zu viel Vertrauen und mangelhafte Aufsicht Unehrllichkeiten einzelner vorkommen können. Ich möchte fast sagen, ich sehe weniger Gefährdung des Staatswohls in dem Beamten, der stiehlt, als in dem, der ein Loch in der Tasche hat, durch das das Staatsgeld herausfällt. Solche Beamte züchtet der Bureaukratismus.

Dass ungesunde, das Staatswesen schliesslich verlotternde Zentralisation die Begleiterscheinung des Bureaukratismus ist, der alles auf das trefflichste zu ordnen glaubt, bedarf keines Wortes der Begründung. Der Zustand der Armee des zweiten französischen Kaiserreichs, der durch den Zusammenbruch 1870 zutage trat, beweist dies hinlänglich. Der damalige Kriegsminister Lebœuf sagte beim Kriegsausbruch in der Kammer, wir sind vollständig bereit, es fehlt kein Gamaschenknopf. — Allerdings waren die Zeughäuser bis oben angefüllt, aber der Armee fehlte alles: Mannschaft, Material und verantwortungsfreudige Vorgesetzte! Das war die unabwendbare Folge der bureaukratischen Zentralisation, die alles wohlgeordnet, und die glaubte, vorgesorgt zu haben, dass in der ganzen Armee kein Spatz vom Dach fiel ohne ihr Wissen und Wollen.

Das leitet über zur Betrachtung der Folgen bureaukratischer Zentralisation und der reich-

lichen Geldmittel überhaupt auf das Wehrwesen des Staates.

Gar kein anderer Zweig der Staatsverwaltung leidet so schwer wie das Militärwesen durch bureaukratische Zentralisation. Wenn in die straffe Ordnung und Unterordnung, die dort herrschen muss, das Wesen des zentralisierenden Bureaukratismus eindringt, so verschwindet unrettbar das, worin kriegerische Tüchtigkeit beruht. Das Problem kriegerischer Tüchtigkeit beruht in der Erschaffung von Männern, in denen das Manneswesen durch Erziehung und Aufrechterhaltung des höchsten Grades von Disziplin nicht getötet, sondern im Gegenteil zu höchster Kraftleistung entwickelt ist. Dies und das, was der Bureaukratismus braucht und erschafft, stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Wenn in den Betrieb des Militärwesens bureaukratische Anschauungen eindringen — die Disziplin und die Unterordnung im Militär machen es nur zu leicht — dann leidet die Tüchtigkeit derjenigen zu allererst, bei denen soldatisches Wesen zu allererst vorhanden sein muss, das sind die Führer; es kommen in die Höhe Streber, die nach oben kriechen und nach unten treten.

Verantwortungsfreudigkeit — der Wunsch, durch seine eigenen persönlichen Leistungen die Aufgabe zu lösen — gehört zum soldatischen Wesen. Dieses beginnt sofort zu verschwinden, das heisst nur noch äusserlich da zu sein, sowie solches Streben nicht mehr erste Bedingung ist, um die Aufgabe zu lösen. Das Vorhandensein reicher Hilfsmittel bei Lösung der Aufgaben lässt aber sofort das Bedürfnis nach jenen Eigenschaften zurüctreten. An ihre Stelle treten eine Art Sorglosigkeit und Bequemlichkeit, die sich dann auf dem ganzen Gebiet der Erschaffung des Heerwesens fühlbar und im Krieg zu kraftvollem Handeln impotent macht.

Das Vorhandensein reichlicher Mittel hat dann schliesslich noch eine Folge, die um so unheilvoller ist, je weniger man sie für möglich hält. Das Vorhandensein reichlicher Geldmittel gestattet einen Ausbau des Heerwesens und eine Ausstattung mit Hilfsmitteln der Kriegsführung, so reichlich und vollkommen, dass dahinter das, was im Kriege allein ausschlaggebend ist, mehr oder weniger ganz aus dem Bewusstsein schwindet.

Der deutsche Reichskanzler verlangt Rückkehr zu altpreussischer Sparsamkeit. Er hat vollkommen recht es zu verlangen, wenn er die Kraft hat, es herbeizuführen. Ich habe schon vor 12 Jahren in meiner „Skizze einer Wehrverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft“ bei Darlegung der gleichen Ansichten, die hier ausgesprochen sind, die Behauptung aufgestellt: Wenn das preussische Heer nicht mehr auf gleicher Höhe innerer Tüchtigkeit wie 1866 und 1870 stehen sollte,

dass die jetzt viel reichlicheren Geldmittel ihren Anteil daran hätten. — Die alte preussische Sparsamkeit, zu der das frühere arme Preussen gezwungen war, um Grossmacht sein zu können, hat der Verwaltung, dem Volke und ganz besonders dem Wehrwesen die Eigenschaften gegeben, die im Krieg 1866, zur grössten Ueberraschung des guten Bürgers liberaler Gesinnung von 1848 her, mit elementarer Naturgewalt hervortraten und die beispielelosen Erfolge herbeiführten. Von dem durch den Zwang altpreussischer Sparsamkeit erzeugten Wesen, das den Menschen nicht liebenswürdig aber tüchtig macht, war gerade so sehr wie das Denken und Handeln Bismarcks und Moltkes auch das des letzten Musketiers in der Front imprägniert.

Die Notwendigkeit, bei jeder Ausgabe sorgfältig und gewissenhaft die Kosten in Betracht zu ziehen, erachte ich für eins der wichtigsten Hilfsmittel zur Erschaffung kriegstüchtigen Wehrwesens, und ich erachte für besser, dass man seufzend auf Hilfsmittel verzichten muss, die man gern hätte, als dass der Glaube und die Tendenz entsteht, durch Anschaffungen den Mangel anderweitiger Tüchtigkeit auszugleichen.

Ob dem Staat viel oder wenig Mittel zur Verfügung stehen ist gleich, für das Wehrwesen darf nur soviel gegeben werden, wie gerade genügt für Erreichung des Zweckes.

Aber das Wieviel muss die verantwortliche Sachkunde ganz allein bestimmen, und wenn die Summe, die sie fordert, grösser ist, als der Staat leisten kann, so bestimmt sie allein, an welcher Stelle Ersparnisse gemacht werden.

Das Vorhandensein reicher Mittel ist nicht der alleinige Grund, weswegen überall die Begehrlichkeit der einzelnen Staatsverwaltungs-Abteilungen nach mehr Geld zugenommen hat, und ebenso auch mancherorts die Gewohnheit, mehr zu brauchen als notwendig ist.

Das hängt auch innig zusammen mit der Budgetbehandlung und der Budgetbewilligung durch die Parlamente. Wenn diesen bis in die kleinste Einzelheit spezifiziert vorgelegt wird, für was die verlangten Kredite verwendet werden sollen, so wird ganz von selbst jedes Verwaltungsbureau für jedes einzelne seiner Verwaltungsbedürfnisse so viel fordern, dass es sicher ist, damit auskommen zu können. Das Parlament aber und seine Kommissionen, ja bis zu einem gewissen Punkt sogar die vorgesetzten Oberbehörden, können nicht mit voller Sicherheit urteilen, wie weit die Forderung berechtigt ist. Am Schluss der Dinge muss man doch auf die Richtigkeit dessen vertrauen, was der fordernde Beamte angibt, dessen Verantwortlichkeit aber dadurch, dass er die Einzelheiten zur Genehmigung hatte vorlegen müssen, zur bloss

formellen des Bureaukraten herabgesunken ist. So führt das parlamentarische Regime zu beständiger Steigerung der Forderungen der Verwaltungsorgane, zu Verminderung ihres Verantwortlichkeitsbewusstseins für sparsamen Staatshaushalt. Das Mitregieren des Parlamentarismus kann aber auch leicht noch anderweitig eine der Ursachen sein für übergrosses Anwachsen der Verwaltungsmaschine des Staates, für den zentralisierenden Bureaukratismus.

Der deutsche Reichskanzler hat die Anregung des Abgeordneten v. Gamp auf Ersparnisse und Vereinfachung der Verwaltung sämtlichen Ministerien zur Vernehmlassung zugestellt und will eine gemeinsame kommissarische Schlussberatung darüber abhalten. Gespannt darf man darauf sein, was dabei herauskommt, und noch gespannter, wie die Antworten der verschiedenen Behörden lauten. Es ist schwer, von jemand, der fröhlich darauf los singt, ohne zu ahnen wie falsch das tönt, zweckmässige Vorschläge zu erwarten, um seinen Ohrfehler zu korrigieren. Kommissionen sind überhaupt kaum geeignet, um eingelebte üble Gewohnheiten zu ändern, radikale Massregeln kann man von ihnen nicht fordern. Friedrich der Grosse hat schon gesagt, in einem Kriegsrat mache der timidere Teil immer den grösseren Haufen. Nur die Not und die rücksichtslose Behandlung durch sachkundigen Autokraten kann da wirklich helfen. Das erstere allein führt zu vielen Irrwegen und Wiederumkehren, bis der richtige Weg nicht mehr verfehlt werden kann; der Autokrat zwingt alles gleich in die richtige Bahn. Als vor 30 Jahren Bureaukratismus und aus diesem hervorgegangene gedankenlose Verschwendung die Nordostbahn an den Rand des Abgrundes gebracht hatte, schickten die Pariser Gläubiger zur Verwaltung und Sanierung den Bahndirektor Courtin und binnen kurzem stand die Bahn wieder kräftig und gesund da.

Einstweilen sind nirgends die Verhältnisse so weit gediehen, dass die entstandene Notlage zu radikalem Heilmittel zwingt. Aber doch immerhin schon so weit, dass überall das Bewusstsein entstanden ist, dem Fortwachsen des Uebels müsste möglichst die Nahrung entzogen werden. Es gibt Uebel, deren Fortschreiten man sofort hindern und die man zum allmählichen Absterben bringen kann, sobald man sich über ihre Ursachen und ihre Bedeutung keinen Illusionen hingibt.

Druckschäden.*)

Die Bedeutung von feldtüchtigem Pferdmaterial für unsre Armee ist zu allbekannt, als dass es

*) Ueber Druckschäden bei den Reit-, Zug- und Lasttieren unsrer Armee von Dr. med. vet. H. Schwyter, techn. Sekretär des eidg. Oberpferdarztes in Bern. Verlag von Stämpfli & Cie. in Bern. 1908.